Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/882

01. 07. 91

Antrag

der Abgeordneten Wolfgang Roth, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Manfred Opel, Robert Leidinger, Gerhard Neumann (Gotha), Brigitte Adler, Gerd Andres, Robert Antretter, Hermann Bachmaier, Helmuth Becker (Nienberge), Hans Berger, Hans Gottfried Bernrath, Lieselott Blunck, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Dr. Andreas von Bülow, Hans Büttner (Ingolstadt), Edelgard Bulmahn, Ursula Burchardt, Hans Martin Bury, Wolf-Michael Catenhusen, Klaus Daubertshäuser, Karl Diller, Ludwig Eich, Gernot Erler, Carl Ewen, Anke Fuchs (Köln), Katrin Fuchs (Verl), Monika Ganseforth, Norbert Gansel, Dr. Fritz Gautier, Konrad Gilges, Günter Graf, Achim Großmann, Dieter Heistermann, Günther Heyenn, Reinhold Hiller (Lübeck), Erwin Horn, Lothar Ibrügger, Gabriele Iwersen, Ilse Janz, Dr. Ulrich Janzen, Dr. Uwe Jens, Volker Jung (Düsseldorf), Horst Jungmann (Wittmoldt), Susanne Kastner, Klaus Kirschner, Walter Kolbow, Volkmar Kretkowski, Horst Kubatschka, Dr. Klaus Kübler, Dr. Uwe Küster, Eckart Kuhlwein, Detlev von Larcher, Dr. Elke Leonhard-Schmid, Klaus Lohmann (Witten), Ulrike Mascher, Herbert Meißner, Dr. Franz-Josef Mertens (Bottrop), Albrecht Müller (Pleisweiler), Christian Müller (Zittau), Franz Müntefering, Dr. Edith Niehuis, Horst Niggemeier, Günter Oesinghaus, Adolf Ostertag, Horst Peter (Kassel), Albert Pfuhl, Joachim Poß, Otto Reschke, Peter W. Reuschenbach, Dieter Schanz, Dr. Hermann Scheer, Otto Schily, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Ottmar Schreiner, Dietmar Schütz, Brigitte Schulte (Hameln), Dr. R. Werner Schuster, Ernst Schwanhold, Bodo Seidenthal, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Dr. Hartmut Soell, Heinz-Alfred Steiner, Ludwig Stiegler, Joachim Tappe, Margitta Terborg, Günther Tietjen, Uta Titze, Siegfried Vergin, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Josef Vosen, Hans Georg Wagner, Ernst Waltemathe, Rudi Walther (Zierenberg), Dr. Konstanze Wegner, Wolfgang Weiermann, Barbara Weiler, Reinhard Weis (Stendal), Dr. Axel Wernitz, Hildegard Wester, Gudrun Weyel, Dieter Wiefelspütz, Dr. Hans de With, Uta Zapf, Peter Zumkley, Dr. Peter Struck, Dr. Hans-Jochen Vogel und der Fraktion der SPD

Ausgleich der Folgen von Abrüstung, Truppenreduzierungen und Standortauflösungen in strukturschwachen Regionen

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich eine umfassende Strukturanalyse der Standorte der Bundeswehr und der Stationierungsorte der ausländischen Streitkräfte vorzulegen. Diese soll

- die wirtschaftlichen Stärken und Schwächen der Standorte und der Region aufzeigen,
- aussagekräftige Daten zur militärisch bedingten Beschäftigung, zur Nachfrage der Streitkräfte nach Gütern und Dienstleistungen, zur Konsumnachfrage der Angehörigen der Streitkräfte, zum Bedarf an Grundstücken und Gebäuden, zu den militärischen Altlasten, zum Steueraufkommen sowie zur Verkehrsanbindung und dem infrastrukturellen Umfeld enthalten.

Ziel ist es, die Auswirkungen der Truppenreduzierung und Standortverkleinerung oder -auflösung auf Wirtschaft, Beschäftigung und Infrastruktur der jeweiligen Standorte und der umliegenden Regionen beurteilen zu können.

2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, auf der Grundlage der dem Deutschen Bundestag vorgelegten Stationierungsplanung aufzuzeigen, welche Maßnahmen getroffen wurden, um die Folgen der Abrüstung für die Soldaten, Zivilbeschäftigten sowie für die betroffenen Kommunen und Regionen sozial- und strukturverträglich zu gestalten.

3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich ein umfassendes Programm zur Bewältigung der Abrüstungsfolgen (Konversion) vorzulegen. Dieses Programm muß

- bei der Umsetzung der geplanten Abrüstungsschritte die unterschiedlichen Abhängigkeiten der Regionen von militärischen Einrichtungen bzw. ihrer Belastungen berücksichtigen,
- Hilfen für die betroffenen Soldaten und zivilen Beschäftigten vorsehen und
- regionale Unterstützungsmaßnahmen beinhalten.

Der Bund muß seiner Verantwortung für die Angleichung der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland auch und gerade im Prozeß der Abrüstung gerecht werden.

3.1 Da sich der Abrüstungsprozeß in den Regionen unterschiedlich auswirkt, müssen die Konversionsschritte mit den Ländern und Gemeinden abgestimmt werden. Der durch die Abrüstung bedingte Abbau von Arbeitsplätzen und Dienstposten an den militärischen Standorten soll so geplant werden, daß Standortauflösungen bzw. Dienstpostenreduzierungen zunächst mit Vorrang außerhalb der strukturschwachen Regionen stattfinden, um den Arbeitsmarkt nicht zu überlasten, während in den strukturstarken Ballungsgebieten bestehende Entwicklungshemmnisse beseitigt werden können.

3.2 Für die von Abrüstung besonders betroffenen Arbeitnehmer und ausscheidenden Soldaten soll ein umfassender, bundesweit wirkender Sozialplan vorgesehen werden. Kernelemente sollten sein:

- Verstärkung von Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie von Umschulungen unter Nutzung ziviler Bildungseinrichtungen und der Bildungsstätten der Bundeswehr,
- bevorzugte Übernahme in den Öffentlichen Dienst von Bund, Ländern und Gemeinden,
- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Überbrückungshilfen,
- Versorgungsregelungen für vorzeitig ausscheidende Soldaten und Zivlbeschäftigte.

3.3 Soweit in Regionen, die von der Abrüstung in besonderer Weise berührt sind, gravierende Strukturschwächen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, verstärkt werden oder als Folge der Abrüstung drohen, sollen den Einsparungen im Verteidigungshaushalt regionale Sonderprogramme zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen außerhalb des militärischen Bereichs und zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur gegenübergestellt werden. Hierzu müssen die Konversionsschritte mit den Ländern und Gemeinden abgestimmt werden. In regionalen Konversionskonferenzen müssen Stationierungsplanungen anhand der Standortanalysen in ihren Auswirkungen beurteilt werden. An „Runden Tischen" müssen die Maßnahmen zur Verringerung der Abrüstungsfolgen gebündelt und optimiert werden.

3.4 Als erste Maßnahme sollen Mittel für die wissenschaftliche Entwicklung eines Gesamtkonzeptes zur Überwindung von Abrüstungsfolgen eingestellt werden. Darüber hinaus müssen in strukturschwachen Räumen Projektmittel für die Umwandlung von Produktionstechnologien für militärische Zwecke in zivile Produktlinien bereitgestellt werden.

3.5 Die bisher militärisch genutzten Flächen müssen nach dem Verursacherprinzip von den bisherigen Nutzern bzw. vom Bund in seiner Gesamtverantwortung von Altlasten befreit und saniert werden. Die technischen und personellen Kapazitäten der Bundeswehr sind dabei zu nutzen. Insgesamt ist dies eine Verantwortung des Bundes.

3.6 Die bisher militärisch genutzten Flächen und Liegenschaften sollen zu günstigen Bedingungen für eine zivile Verwendung den anderen Gebietskörperschaften zur Verfügung gestellt werden. Die bisher vorgesehene Regelung der Abgabe zum Verkehrswert mit der Möglichkeit einer geringfügigen Reduzierung in bestimmten Fällen muß durch eine Lösung ersetzt werden, die eine flexiblere Handhabung entsprechend den regionalen Gegebenheiten vorsieht. Angesichts der Größe und des hohen Verkehrswertes solcher Liegenschaften ist eine über die Bundeshaushaltsordnung hinausgehende Sonderregelung erforderlich, die eine stark verbilligte und in besonderen Fällen auch kostenlose Abgabe altlastenfreier Liegenschaften ermöglicht.

4. Die Erarbeitung und Umsetzung dieser Vorstellungen soll von einem Unterausschuß des Ausschusses für Wirtschaft, soweit es um Fragen der Bundeshaushaltsordnung geht vom Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages in enger Abstimmung mit den Vertretern der Länder, der kommunalen Spitzenverbände, der regionalen Körperschaften, der Arbeitgeber, der Berufsverbände sowie der Gewerkschaften begleitet werden.

Bonn, den 27. Juni 1991

Wolfgang Roth
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Manfred Opel
Robert Leidinger
Gerhard Neumann (Gotha)
Brigitte Adler
Gerd Andres
Robert Antretter
Hermann Bachmaier
Helmuth Becker (Nienberge)
Hans Berger
Hans Gottfried Bernrath
Lieselott Blunck
Dr. Ulrich Böhme (Unna)
Dr. Andreas von Bülow
Hans Büttner (Ingolstadt)
Edelgard Bulmahn
Ursula Burchardt
Hans Martin Bury
Wolf-Michael Catenhusen
Klaus Daubertshäuser
Karl Diller
Ludwig Eich
Gernot Erler
Carl Ewen
Anke Fuchs (Köln)
Katrin Fuchs (Verl)
Monika Ganseforth
Norbert Gansel
Dr. Fritz Gautier
Konrad Gilges
Günter Graf
Achim Großmann
Dieter Heistermann
Günther Heyenn
Reinhold Hiller (Lübeck)
Erwin Horn
Lothar Ibrügger
Gabriele Iwersen
Ilse Janz
Dr. Ulrich Janzen
Dr. Uwe Jens
Volker Jung (Düsseldorf)
Horst Jungmann (Wittmoldt)
Susanne Kastner
Klaus Kirschner
Walter Kolbow
Volkmar Kretkowski
Horst Kubatschka
Dr. Klaus Kübler
Dr. Uwe Küster
Eckart Kuhlwein
Detlev von Larcher
Dr. Elke Leonhard-Schmid
Klaus Lohmann (Witten)
Ulrike Mascher
Herbert Meißner
Dr. Franz-Josef Mertens (Bottrop)
Albrecht Müller (Pleisweiler)
Christian Müller (Zittau)
Franz Müntefering
Dr. Edith Niehuis
Horst Niggemeier
Günter Oesinghaus
Adolf Ostertag
Horst Peter (Kassel)
Albert Pfuhl
Joachim Poß
Otto Reschke
Peter W. Reuschenbach
Dieter Schanz
Dr. Hermann Scheer
Otto Schily
Horst Schmidbauer (Nürnberg)
Ottmar Schreiner
Dietmar Schütz
Brigitte Schulte (Hameln)
Dr. R. Werner Schuster
Ernst Schwanhold
Bodo Seidenthal
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Dr. Hartmut Soell
Heinz-Alfred Steiner
Ludwig Stiegler
Joachim Tappe
Margitta Terborg
Günther Tietjen
Uta Titze

Siegfried Vergin
Karsten D. Voigt (Frankfurt)
Josef Vosen
Hans Georg Wagner
Ernst Waltemathe
Rudi Walther (Zierenberg)
Dr. Konstanze Wegner
Wolfgang Weiermann
Barbara Weiler
Reinhard Weis (Stendal)
Dr. Axel Wernitz
Hildegard Wester
Gudrun Weyel
Dieter Wiefelspütz
Dr. Hans de With
Uta Zapf
Peter Zumkley
Dr. Peter Struck
Dr. Hans-Jochen Vogel und Fraktion

Begründung

Mit der Überwindung der Konfrontation der Blöcke in Europa eröffnen sich neue Chancen zur Abrüstung. Sie dürfen nicht dadurch beeinträchtigt werden, daß Menschen in den Rüstungsbetrieben und in den Standorten militärischer Einrichtungen sich vor dem Verlust ihrer Arbeitsplätze ängstigen. Die Bundesregierung hat dafür Sorge zu tragen, daß es keinen politischen oder sozialen Konflikt zwischen Abrüstung und Beschäftigung gibt.

Unser Land muß abrüstungsfähig gemacht werden. Wir brauchen die bisher für Rüstung und Militär aufgewandten Mittel dringend für andere, den Menschen dienende soziale, wirtschaftliche und ökologische Zwecke. Wir wollen mit der Abrüstung auch die Belastungen abbauen, die die hohe militärische Präsenz in einigen Regionen unseres Landes mit sich bringt.

Im Zuge der Anpassung der Sicherheitspolitik an ein neues Ost-West-Verhältnis ergibt sich ein deutlich reduzierter Bedarf der Bundeswehr an militärischen Gütern.

Hingegen kann die Verringerung der militärischen Ausgaben des Bundes den finanzpolitischen Spielraum des Bundeshaushalts langfristig für die regionale Förderung der betroffenen Regionen, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, den Wohnungsbau, die Hilfe für die Länder der Dritten Welt sowie den Aufbau in den neuen Bundesländern und den Reformländern Ost-Europas entlasten.

Bereits begonnene Truppenreduzierungen der Stationierungsstreitkräfte und die beschlossene Verringerung der Mannschaftsstärke bei der Bundeswehr führen in strukturschwachen Regionen kurzfristig zu einem Abbau von Arbeitsplätzen, wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird. Weitere Folgen der Truppenreduzierung und Standortverkleinerungen oder Auflösungen für die Regionen sind:

- das Steueraufkommen der Gemeinden verringert sich,
- die Schlüsselzuweisungen der Länder sinken,
- die in den Regionen wirksame Nachfrage der Streitkräfte wird eingeschränkt.

Die strukturschwachen Regionen können die Arbeitsplatzverluste und den Nachfrageausfall wesentlich schlechter ausgleichen als die Ballungsgebiete. Ihre ohnehin schon durch überdurchschnittliche Arbeitslosenquoten gekennzeichnete Arbeitsmarktlage wird

in erheblichem Umfang durch den Abbau von Streitkräftestandorten und Rüstungsausgaben verschärft. Gleichzeitig sind viele Ballungsgebiete durch eine starke Konzentration von Menschen und Wirtschaft belastet. Es ist daher nötig, durch einen gezielten Reduzierungsplan der Bundeswehr die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß ein Truppenabbau mit Vorrang in den strukturstarken Standorten erfolgt und der Konversionszeitraum in den strukturschwachen Regionen zeitlich gestreckt wird.

Dennoch sind im Zuge der wünschenswerten Fortsetzung der Abrüstung – auch in den strukturschwachen Regionen – Arbeitsplatzverluste durch die Abrüstung nicht zu vermeiden. Sie sind jedoch vorhersehbar. Im Rahmen der zu planenden Konversionsmaßnahmen muß die Förderung neuer Arbeitsplätze außerhalb des vom Militär abhängigen Bereichs angesiedelt werden. Dazu bietet es sich an, ein regionalpolitisches Konversionsprogramm zu entwickeln, das aus den eingesparten Militärausgaben, durch Reduzierung des Einsatzbereitschaftsgrades und durch Rationalisierungen bei der Bundeswehr finanziert wird und das auf den Förderinstrumenten einer verbesserten Regionalpolitik aufbaut.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333